



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller** und **Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Ausgaben für repräsentative Anlässe und Begegnungen mit Bürgern
(Kap. 01 01 Tit. 535 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 01 01 wird der Ansatz im Tit. 535 01 (Ausgaben für repräsentative Anlässe und Begegnungen mit Bürgern) für das Jahr 2026 von 2.714,0 Tsd. Euro um 1.500,0 Tsd. Euro auf 1.214,0 Tsd. Euro gekürzt.

In Kap. 01 01 wird der Ansatz im Tit. 535 01 (Ausgaben für repräsentative Anlässe und Begegnungen mit Bürgern) für das Jahr 2027 von 2.714,0 Tsd. Euro um 1.500,0 Tsd. Euro auf 1.214,0 Tsd. Euro gekürzt.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Im Herbst 2020 wurde bekannt, dass die Mittel aus dem Ansatz für „Repräsentative Verpflichtungen des Bayerischen Landtags“ abseits der dafür vorgesehenen Zwecke verwendet wurden. Eine Million Euro bayerisches Steuergeld wurde an den Verein Sternstunden e. V. gespendet. Dieser Vorfall bot sowohl in der Sache als auch in der Durchführung Anlass zur Kritik. Eine Lehre aus diesem Vorfall muss sein, die Mittel für repräsentative Verpflichtungen des Landtags zu reduzieren.

Ebenso wurde durch die drei Jahre der Coronapandemie – mit ihren und umfassenden, staatlich verordneten und teils verfassungswidrigen Einschränkungen – klar, dass der Landtag auch ohne den millionenschweren Ansatz für seine repräsentativen Verpflichtungen gut auskommt. So wurden zum Beispiel im Jahr 2021 rund 2.500,0 Tsd. Euro für repräsentative Ausgaben veranschlagt, tatsächlich gebraucht wurden aber nur 134,1 Tsd. Euro. Natürlich gab es im Jahr 2021 aufgrund der Pandemie kaum Möglichkeiten für offizielle Anlässe. Dem Ansehen und der Arbeit des Landtags hat dies aber nicht geschadet.

Gerade in Zeiten anhaltenden hoher Preise für die Bürger und der wirtschaftlichen Rezession sollte der Freistaat also seine Mittel schonen und über kostengünstige Alternativen der Repräsentation nachdenken.